

Ruswil: Podiumsdiskussion der FDP-Ortspartei

Im Fokus: kantonale Steuerpolitik

Mit Marcel Schwerzmann, Armin Hartmann, und Georg Dubach gelang es der FDP Ruswil, drei ausgewiesene Experten als Referenten zur kantonalen Steuerpolitik zu gewinnen. Lotti Stadelmann, im Ruswiler Gemeinderat ebenfalls für die Finanzen zuständig, vermochte in der anschliessenden Podiumsdiskussion ihre Gegenpositionen fundiert zu vertreten.

Dieter Hodel

Unter dem provokativen Titel «Zahlen Sie auch (zu viele) Steuern» organisierte die FDP Ortspartei Ruswil am vergangenen Montag eine öffentliche Podiumsdiskussion zur kantonalen Steuerpolitik. In kurzen Einstiegsreferaten von Marcel Schwerzmann, Regierungsrat, Armin Hartmann, Kantonsrat und VLG-Vorstand sowie Georg Dubach, Geschäftsführer und Mitglied der kantonsrätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben, wurden die Grundzüge der kantonalen Finanzpolitik, ihre Knacknüsse und Streitfragen abgesteckt.

Von der Steuerhölle zum attraktiven Wohnort und Arbeitsplatz

In seinen Ausführungen zeigte Marcel Schwerzmann (parteilos) auf, wie sich die finanzielle Situation im Kanton in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Während zwischen 1991 und 2000 der Schuldenberg auf satte 2.5 Milliarden Fr. angewachsen war, konnte er bis 2011 sukzessive abgetragen werden. Seit diesem Zeitpunkt belaufen sich die Schulden konstant auf einem Wert von rund 350 Millionen Franken und dies trotz grosser Investitionen, namentlich bei der Universität, den Spitälern und den Verkehrsinfrastrukturen. Um das finanzielle Umfeld zu verbessern und zu sichern, war eine langfristige Steuerstrategie notwendig, die, so Schwerzmann, im Wesentlichen erfolgreich war. Trotz massiver Entlastung der Steuerpflichtigen stiegen die Steuereinnahmen in den letzten Jahren beständig. Zudem konnten allein zwischen 2011 und 2015 im Kanton 10000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Einziger Wermutstropfen: Aufgrund der besseren Finanzsituation sanken im gleichen Zeitraum die Einnahmen aus dem nationalen Finanzausgleich.

Gemäss Schwerzmann wird es in Zukunft notwendig sein, den Finanzhaushalt zwischen den Gemeinden und dem Kanton weiter anzupassen. Vorgesehen ist die Neuverteilung der Ausgaben für die Volksschule. Während sich heute der Kanton nur zu einem Viertel an den Kosten beteiligt, soll dieser Anteil in Zukunft auf die Hälfte gesteigert werden.

Ebenfalls soll beim Wasserbau ein neuer Kostenteiler zugunsten der Gemeinden eingeführt werden. Andererseits haben diese mit der Pflegefinanzierung einen gewaltigen Kostentreiber übernommen. Zudem sollen künftig die Ergänzungsleistungen von AHV und IV durch die Gemeinden getragen werden. Schliesslich soll der Steuerfuss des Kantons um 1/10 gesenkt, jener der Gemeinden um den gleichen Betrag erhöht und die Beiträge des Kantons an den kantonalen Finanzausgleich reduziert werden.

Gemeinden haben ihre Hausaufgaben gemacht

Wie der Leiter des Bereichs Finanzen im Verband Luzerner Gemeinden VLG, Armin Hartmann (SVP), ausführte, geniessten die Gemeinden heute gegenüber dem Kanton eine grosse Autonomie, welche mit einem hohen Mass an Eigenverantwortung verbunden sei. Zudem hätten sie in der Vergangenheit die Steuerstrategie des Kantons immer mitgetragen, obwohl sie von den Senkungen mehr betroffen waren. Im Allgemeinen stünden die meisten Gemeinden heute in finanziellen Belangen sehr gut da, obschon das Polster nicht überall nachhaltiger Natur sei, sondern durch einmalige Einnahmen (Landverkäufe, Auslagerung von Heimen) entstanden sei. Was Hartmann vom Kanton einfordert, ist Planungssicherheit für die Gemeinden. Diese könne vor allem durch eine klare Aufgabenteilung und gesetzliche Vorgaben sichergestellt werden.

Innovationsfähigkeit des Kantons muss verbessert werden

Georg Dubach, Geschäftsführer der Vorsorgestiftung der Regionalbanken und als Vertreter der FDP Mitglied der Kommission Wirtschaft und Abgaben des Kantonsrats, umriss in seinen Ausführungen die Steuerpolitik der FDP Luzern. Im Vergleich zu anderen Kantonen beklagte er einen Mangel an Innovationsfähigkeit. Diese müsse unbedingt durch ein günstiges steuerliches Umfeld gefördert werden. Um eine bessere Positionierung des Kantons zu erreichen, könne aber auch eine zeitlich begrenzte Steuererhöhung notwendig sein. So befürwortete die FDP im Rahmen des Konsolidierungsprogramms 2017 (KP 17) zusammen mit den meisten anderen Parteien eine Steuerfusserhöhung, die dann allerdings im Mai 2017 mit einem Nein-Stimmenanteil von 54 Prozent von den Stimmberechtigten abgelehnt wurde.

Podiumsdiskussion förderte Bruchstellen der Finanzpolitik zutage

Balz Koller, Neuenkirch, leitete die an-



Auf dem Podium diskutierten: (von links) Balz Koller, Podiumsleiter Armin Hartmann, Lotti Stadelmann, Marcel Schwerzmann und Georg Dubach. Foto Dieter Hodel

schliessende Podiumsdiskussion. Lotti Stadelmann (SP) machte gleich zu Beginn klar, dass sich niemand einen Kanton Luzern mit dem Nimbus einer Zentralschweizer Steuerhölle wünsche, bemerkte aber gleichzeitig, dass es dem Ruf des Kantons auch nicht zuträglich sei, wenn aus Spargründen Schüler der Kantons- und Berufsschulen in Zwangsferien geschickt und bereits bewilligte Stellen bei der Polizei aus Kostengründen nicht besetzt werden könnten. Zudem erwähnte sie, dass der Schuldenabbau nach 2000 durch den Verkauf von Goldreserven durch die Nationalbank und entsprechende Ausschüttungen an die Kantone sowie den Verkauf eines Teils der Kantonalbankaktien und anderer Beteiligungen erreicht werden konnte.

Ein weiterer Diskussionspunkt bildete die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden. Hartmann befürchtet, dass sich diese langfristig negativ auf die Gemeindefinanzen auswirken könnten, weil bei der Pflegefinanzierung und den Ergänzungsleistungen grosse Kostensteigerungen zu erwarten seien, die Bildungsausgaben hingegen eher stagnierten. Der Finanzdirektor meinte dazu, dass ein Finanzierungssystem nur überlebensfähig sei, wenn es Anpassungen zulasse. Aus dem Publikum wurde die Verlässlichkeit des Kantons in Finanzfragen bezweifelt. So komme es immer wieder vor, dass nach Abschluss des Budget-Prozesses Mehrkosten auf die Gemeinden zukämen. Schwerzmann bestätigte, dass dies sehr unangenehm sei, das gleiche Schick-

sal dem Kanton gegenüber dem Bund allerdings ebenfalls dauernd widerfahre. Eine weitere Person wollte wissen, was der Kanton tue, damit sich Arbeit wieder lohne und damit weniger Menschen in die Sozialhilfe abrutschten. Schwerzmann entgegnete, dass es ein wichtiges Ziel der Sozialpolitik sein müsse, Fehlansätze zu verhindern. Als konkrete Massnahme nannte er das kant. Projekt «Arbeit muss sich lohnen».

Schliesslich wollte jemand wissen, wann das Sparpotential ausgereizt sei? Die trockene Antwort: Nie! Allerdings räumte der Regierungsrat ein, dass beim Personal kaum mehr Einsparungen möglich seien. Vielmehr ortete er bei der Automatisierung von Abläufen und einer Zentralisierung der Verwaltung Einsparungen, hier vor allem bei den Mieten. Der Ruswiler FDP-Präsident Peter Amrhyn warf die Frage auf, ob den Gemeinden nicht auch betreffend Raumplanung mehr Autonomie, zum Beispiel bei der Ansiedlung neuer Firmen, gewährt werden könnte. Georg Dubach ergänzte, dass in gewissen kantonalen Entwicklungsschwerpunkten ohnehin Baulandreserven allmählich knapp würden, so namentlich im Raum Sursee. Lotti Stadelmann gab zu bedenken, dass sich dadurch die Wohnqualität im Rottal verschlechtern könnte und sich eine tiefere Steuerbelastung erreichen liesse. Mit dieser Andeutung liess sie die Hoffnung aufkeimen, dass in Ruswil aufgrund der guten Finanzlage nächstens der Steuerfuss gesenkt werden könnte.

Hellbühl: Jugendstiftung Beitragsgesuche für 2019

Die Jugendstiftung Hellbühl unterstützt Vorschul- und schulpflichtige Kinder und Jugendliche in Anliegen, die speziell die geistige und körperliche Entwicklung der Kinder fördern. Der Gesuchsteller hat den Nachweis zu erbringen, dass der Betrag Kindern zukommt, die ihren Wohnsitz im Gebiet der Kirchgemeinde Hellbühl haben. Gesuche sind schriftlich bis am 15. Dezember 2018 beim Präsidenten der Ortsgemeinschaft Hellbühl (OGH) an folgende Adresse einzureichen: Marcel Schmid, Hårdmännigen, Hellbühl. sk

CVP Schweiz Initiative gestartet

An ihrer Delegiertenversammlung am 20. Oktober in Luzern lancierte die CVP Schweiz die Unterschriftensammlung für ihre Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» (Kostenbremse-Initiative). Mit der Initiative will die CVP dem ungebremsten Kostenwachstum im Gesundheitswesen den Kampf ansagen und sorgt dafür, dass die Gesundheitsprämien für den Mittelstand und Familien langfristig bezahlbar bleiben.

Das grosse Sorgenthema

Die Gesundheitskosten seien das Sorgenthema Nummer 1 der Schweizer Bevölkerung, schreibt die CVP Schweiz in ihrer Mitteilung. Familien mit zwei Kindern würden jährlich 15000 Franken für Krankenkassenprämien bezahlen, gleichzeitig steigen die Gesundheitskosten jährlich um vier Prozent weiter an. Es sei bekannt, dass im Gesundheitswesen schon heute Kosten von sechs Milliarden Franken ohne Qualitätsverlust oder Leistungsausbau eingespart werden könnten, hält die CVP fest. Die CVP habe die bekannten Massnahmen wiederholt in die politische Debatte eingebracht, sei es die einheitliche Spitalfinanzierung, sei es ein Referenzpreissystem für Medikamente oder sei es die Einführung des elektronischen Patientendossiers – doch seien alle Vorschläge im Parlament versandet. Als einzige bürgerliche Partei gehe die CVP die grösste Sorge der Menschen in der Schweiz mit ihrer Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» (Kostenbremse-Initiative) an. An der Delegiertenversammlung startete die CVP offiziell die Unterschriftensammlung.

Unterschriftensammlung

Hinweis: Die CVP-Ortspartei in Ruswil sammelt am kommenden Samstag, 27. Oktober, Unterschriften für diese Initiative. PD

Anzeige

Meine Welt überall dabei.

Gratis Mobile zum Internet.
Jetzt bestellen!

Neu mit
doppeltem
Daten-
volumen!

Die Welt bei mir
quickline.ch

QUICKLINE

WZ
WWZ Telekom AG